



## Liebe Leserinnen und Leser,

„Die nächsten Wochen im Bundestag werden richtungsweisend... Die dürften das fragile Regierungsbündnis... einmal mehr auf eine harte Probe stellen.“ – so war noch in meinem jüngsten Newsletter der Wortlaut an dieser Stelle. Ist es nicht Wahnsinn, wie schnell die Realität diese Vorahnung ein- und sogar überholt hat!?

Die Ampel-Koalition ist mittlerweile Geschichte. Was bleibt, sind jede Menge politische Großbaustellen und eine kurzfristige Neuwahl. Doch dafür sind wir gewappnet – sowohl in der Bundespartei als auch im Südkreis. Erneut darf ich hier für die CDU antreten, und das mit einem überwältigenden Votum im Rücken.

Bis es aber zur vorzeitigen Auflösung des Bundestages kommt, gehen die Geschäfte weiter: Von hitzigen Sitzungen im Plenum und Spitzentreffen in Berlin bis zu Karnevalsauftakt und Unternehmensbesuchen im Wahlkreis. Einen Querschnitt davon lesen Sie auf den folgenden Seiten. Dabei wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Spaß – ebenso, wie einen guten Start in die Adventszeit!

*Ihr und Euer  
Dr. Klaus Wiener*



### Zwischen Nominierung und Neuwahl

## Bereit für Regierungsverantwortung

Politik gilt gemeinhin als das langsame Bohren dicker Bretter. Wenn das Brett aber morsch ist, kann's manchmal ganz schnell gehen. Mit einem Rumms machte sich die „Zukunftskoalition“ selbst zur Vergangenheit. Nach einigem Gezerre hat der Bundeskanzler nun angekündigt, dass er noch im Dezember die sogenannte Vertrauensfrage stellen wolle. Wenn die Mehrheit der Abgeordneten dem Kanzler erwartungsgemäß das Vertrauen verweigert, kann der Bundespräsident „auf Vorschlag des Bundeskanzlers“ den Bundestag auflösen und damit den Weg frei machen für Neuwahlen, für die es mit dem 23. Februar 2025 bereits einen anvisierten Termin gibt.

Wie gut, dass wir im Südkreis bereits unsere Weichen dafür gestellt haben: Mit 99 Prozent haben mich unsere CDU-Mitglieder ins Rennen geschickt, um erneut unsere Heimat im Bundestag zu vertreten. Ein Votum als überwältigender Vertrauensbeweis, für den ich einfach nur sagen kann: Danke!

Dieser große Rückhalt der Basis gibt den richtigen Schub, um gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen. Und den braucht es auch, denn eines muss jedem klar sein: Alle Beteiligten werden sich warm anziehen müssen – nicht nur wegen des Winters. Für uns wird es entscheidend darauf ankommen, „CDU pur“ nicht nur im Grundsatzprogramm festgeschrieben zu haben, sondern auch öffentlich durchzutragen – ohne vorauseilende Kompromissangebote – und schließlich UMZUSETZEN.

Mein Eindruck ist: Wir sind dafür bereit. Bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen!





Bildung ist eine entscheidende Determinante für das persönliche Leben, aber auch für unser Wirtschaftsleben. Denn nur mit gut ausgebildeten Menschen lassen sich Produktivitätsfortschritte und Wachstum erreichen. Ein treibender Faktor sind hier MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Beim nationalen MINT-Forum habe ich hierzu mit Vertretern aus Schule, Hochschule, Wirtschaft und Politik diskutiert. Wichtig ist, dass früh die Begeisterungsfähigkeit von Schülern für MINT-Fächer geweckt wird!

### Automobilindustrie in der Krise



Auf Basis unseres CDU/CSU-Antrags, der die Zukunftsfähigkeit unserer Automobilindustrie thematisiert, fand in der letzten Sitzungswoche eine Öffentliche Anhörung statt. Hierzu hatte unsere Fraktion u.a. die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Hildegard Müller (s. o.) eingeladen. Die Experten bestätigten nochmal eindrücklich: Die Lage der Automobilindustrie ist ernst. Wir fordern daher u.a. eine Überprüfung der Flottengrenzwerter sowie mehr Anstrengungen bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und der Batterieforschung.



## Von einer Diskussionsrunde zur nächsten

Nachdem Anfang des Monats die Ampel-Koalition zerbrochen ist, ging nicht nur ein Beben durch das ganze Land, sondern auch durch unsere parlamentarische Arbeit. Die Debatten im Plenum wurden größtenteils gestrichen, so auch leider zwei meiner angesetzten Reden. Langweilig wurde es aber trotzdem nicht, da ich in diesem Monat an einigen Panel-Diskussionen teilnehmen und die Unionsfraktion vertreten konnte. So unter anderem bei der Transatlantic Business Conference der American Chamber of Commerce, wo die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zum Thema gemacht wurde.

Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist, milde ausgedrückt, in vielen Teilen mangelhaft und hat Unternehmen massiv verunsichert. Es muss Aufgabe der neuen Regierung sein, Fehler zu korrigieren und Weichen richtig zu stellen. Kurzfristig braucht es schnell wirksame Maßnahmen, wie die Senkung der Netzentgelte oder die Abschaffung des Bürgergelds in seiner jetzigen Form. Mittel- bis langfristig muss es das Ziel sein, die Produktivität wieder zu steigern. Hierzu braucht es innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen!



## Finanzmarktklausur: Finanzierung der Transformation

Der Weg der Transformation ist noch lang und vor allem teuer. Die hierfür nötigen Investitionen in Milliardenhöhe soll und kann der Staat nicht allein leisten – die Privatwirtschaft wird hier ein entscheidender Akteur sein. Die staatlich gelenkte Umlenkung von Kapitalströmen betrachte ich aus marktwirtschaftlicher Sicht aber durchaus skeptisch. Immer wieder bekomme ich aus der Praxis zu hören, dass Bürokratie und Komplexität zunehmen, während das Dokumentieren von Berichtspflichten noch keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> einspart. Ich plädiere dafür Verbriefungen, Infrastrukturfonds oder öffentlich-private Partnerschaften stärker zu nutzen, um den Zugang zum Kapitalmarkt zu vertiefen.



## Austausch mit Finanzbeamten aus China

China ist Partner, Konkurrent und Systemrivale zugleich. Wir müssen allerdings im Dialog bleiben, denn wir sind von China abhängig sowie China allerdings auch von uns.

Umso mehr habe ich mich über die Gelegenheit gefreut, auf Einladung der Allianz SE mit 20 Mitgliedern mehrerer chinesischer Finanzaufsichtsbehörden über aktuelle wirtschaftliche und aufsichtliche Herausforderungen zu diskutieren. Natürlich habe ich eingangs auch über die aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland informiert und versichert, dass mit Deutschland als starke Volkswirtschaft weiterhin zu rechnen ist, wenn eine neue CDU-geführte Regierung die ordnungspolitischen Weichen wie beabsichtigt stellen kann. Auch habe ich auf die Bedeutsamkeit des Welthandels hingewiesen. Die geopolitischen Krisen zeichnen sich nämlich bereits in einer Fragmentierung des globalen Handels ab. Handel findet vermehrt innerhalb Blöcke (westlicher vs. östlicher Block) als untereinander statt. Zum Schluss wurde es dann noch etwas technischer, und wir diskutierten über die europäische Zinspolitik der letzten Jahre und deren Auswirkungen auf die Finanzwelt.



## In den Medien

### Rheinische Post:

CDU im Südkreis geht mit Klaus Wiener ins Rennen  
[Hier den Artikel lesen.](#)

### Lokal Anzeiger Erkrath:

Junge Union unterstützt erneute Bundestagskandidatur von Klaus Wiener  
[Hier den Artikel lesen.](#)

### Schaufenster Mettmann:

Kein Atommüll-Endlager im Kreis Mettmann  
[Hier den Artikel lesen.](#)

### CDU/CSU Presse:

Insolvenzwellen endlich stoppen  
[Hier den Artikel lesen.](#)

### Supertipp:

Familienunternehmen verlagert Produktion zurück nach Deutschland

[Hier den Artikel lesen.](#)

## Gespräch beim SKF Langenfeld



Der **SKF Langenfeld** unterhält mit dem Secondhand-Laden „ProDonna“ ein besonderes Projekt zur Beschäftigungsförderung. Mit dessen Team und CDU-Vertretern des örtlichen Sozialausschusses sprach ich über die gravierenden Auswirkungen vor Ort, die Kürzungen bei den Fördermaßnahmen hätten. Ein Paradebeispiel dafür, wie wichtig es ist, dass der Staat seine Ausgaben priorisiert – damit solch eine wertvolle Arbeit erhalten bleibt.

## WAHLKREIS



## Karnevalsauftakt im Südkreis mit Prinzen und Orden

Helau again! Meinen persönlichen Auftakt der „fünften Jahreszeit“ feierte ich in diesem Jahr in „Jeckenfeld“: Die **Prinzenproklamation Langenfeld** wurde gleichzeitig zum stimmungsvollen Start in den Sitzungskarneval – mit zwei tollen Prinzenpaaren vorneweg. Einmal mehr zeigte sich die Posthornstadt als ein Paradebeispiel dafür, wie unser Brauchtum den gesellschaftlichen Zusammenhalt lebt.

### Generationenübergreifendes Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Auch beim **Ordensfest der Großen Erkrather KG**. Großartig auch hier, mit welchem Enthusiasmus und Engagement die Menschen für generationenübergreifende Stimmung sorgen. Besonders freut mich die enge Vernetzung der örtlichen CDU mit dem Winterbrauchtum – bis hin zum Erkrather Kinderprinzenpaar.

Vielen Dank dafür an alle Beteiligten, auf eine tolle Session! Und ein dreifach kräftiges Hoch aufs Ehrenamt!



## Unternehmensbesuch bei Goebel in Erkrath

Starkes Signal aus dem Südkreis für die heimische Wirtschaft: Das weltweit agierende Erkrather **Familienunternehmen Goebel**, das auf die Produktion und die Verarbeitung von hochwertigen Nietverbindungen spezialisiert ist, verlagert seine Produktion zurück nach Deutschland. Bei einem Firmenbesuch mit der örtlichen CDU bekam ich tiefe Einblicke in die spezialisierten Arbeitsprozesse – und in eine wegweisende Firmenphilosophie eines zukunftsorientierten Unternehmens: „Made in Germany“, nicht nur als Qualitätssiegel, sondern auch als Bekenntnis zum Standort. Ein unterstützenswerter Beitrag zur Stärkung von Innovationskraft und Nachhaltigkeit in unserer Region!



## Aktion mit der FU Haan



Gelungene Aktion der **Frauen Union Haan**, der ich mich gerne anschloss: Mit einem eigenen Infostand in der Haaner Innenstadt haben wir auf das Thema „Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam gemacht. Als sichtbares – und praktisches – Symbol haben wir dabei Trillerpfeifen verteilt, um in Notsituationen auf sich aufmerksam machen zu können. Um es klar zu sagen: Die Situation bei uns in Deutschland ist nicht so, dass wir in ständiger Angst leben müssen. Aber es schadet ganz sicher nichts, für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein.

Nach einigem hin und her steht jetzt fest: Am 23. Februar 2025 wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Und auch wenn ein verkürzter „Winterwahlkampf“ im Grunde keine gute Sache ist, weil sehr viel weniger Zeit für Gespräche mit unseren Wählerinnen und Wählern bleibt, freue ich mich, dass die Ampel-Regierung ein vorzeitiges Ende gefunden hat.

Im Grunde war ich von Beginn an skeptisch, ob das Dreierbündnis funktionieren kann. Mit Verwunderung habe ich die mediale Begleitung der selbsternannten Fortschrittkoalition zur Kenntnis genommen. Denn: Zu groß sind die ordnungspolitischen Differenzen in wesentlichen Politikfeldern:

- hier der feste Glaube an den lenkenden Staat, dort die Überzeugung, dass freie Marktkräfte entscheidend sind,
- hier der Wunsch nach einem all umfassenden Wohlfahrtsstaat, dort das Wissen, dass zum Fördern auch das Fordern gehört,
- hier die strikten technologischen Vorgaben wie im Heizungsgesetz, dort der Wunsch nach Technologieoffenheit auch in der Verkehrswende,

um nur einige der tiefen Überzeugungsgräben vor allem zwischen rot-grün und FDP zu nennen.

Mit dem Neustart, der jetzt möglich ist, stellen sich zwei Fragen. Welche Gesetze werden bis zum Wahltermin in Berlin noch auf den Weg gebracht? Immerhin drängt die Zeit in so wichtigen Themenfeldern wie der Wirtschaft oder der inneren und äußeren Sicherheit. Noch wichtiger aber ist die Frage, was kommt nach dem Wahltermin, damit wir Deutschland wieder auf Kurs bringen können?

### **Alles, was wichtig für das Land ist**

Um es ganz deutlich zu sagen: Bis zum Wahltermin werden wir als CDU/CSU-Fraktion im Bundestag nur noch die Dinge mittragen, die wesentlich für unser Land sind. Dazu gehören vor allem zwei Vorhaben. Zum einen das Gesetz, mit dem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen Übergriffe aus den extremen Lagern geschützt werden soll.

Dieses Gesetz wurde fraktionsübergreifend von den Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag erarbeitet. Zudem stehen wir jederzeit bereit, der Bundeswehr in dieser Lage, die geopolitisch so angespannt ist, gegebenenfalls erforderliche finanzielle Mittel freizugeben.

Nicht mittragen werden wir allerdings Projekte, die Teil der alten Regierung sind. Das müssen wir auch nicht, denn oftmals zitierte Dinge wie die Erstattung der Kalten Progression oder die Anhebung von steuerlichen Freibeträgen lassen sich im kommenden Jahr auch rückwirkend für das gesamte Jahr 2025 verabschieden. Wesentlich dafür, ob und in welchem Umfang dies passiert, wird aber ein Koalitionsvertrag sein, den die neue Regierung schließen wird. Projekte, für die es in drei Jahren Ampel-Koalition keine Mehrheit im Parlament gab, werden jetzt ganz sicher nicht von der Opposition über die Ziellinie gehievt. Dazu gehört auch die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert ist, und allenfalls sehr zielgerichtet für die Förderung von investiven Ausgaben einer leichten Anpassung unterzogen werden kann. Ein Konstruktionsfehler seit Beginn war das absolute Neuverschuldungsverbot für die Länder. Sinnvoll könnte hier sein, den ursprünglich geplanten Spielraum von 0,15 % des BIPs in das Grundgesetz aufzunehmen. Alles darüber hinaus wäre aber unfair gegenüber der kommenden Generation.





## Was nach dem 23. Februar zu tun ist

Selten hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine so starke Häufung von wirtschaftlichen Herausforderungen gegeben. Dies manifestiert sich derzeit nahezu täglich in Form von Hiobsbotschaften aus Unternehmen, die bis vor kurzem noch zu den leistungsfähigsten in ihren Branchen gezählt wurden. Und während in der ersten Phase der sich verfestigenden Wirtschaftskrise der Arbeitsmarkt noch vergleichsweise robust geblieben ist, mehren sich zuletzt auch hier Meldungen von Kurzarbeit und Stellenstreichungen. Offensichtlich reicht der Fachkräftemangel vielen Unternehmen nicht mehr, um an ihrem bisherigen Personalstamm festzuhalten.

Um die Wirtschaft wieder flott zu kriegen, müssen wir zwischen Maßnahmen unterscheiden, die kurz- und langfristige Erfolge versprechen. Auf kurze Sicht sehe ich drei Handlungsfelder:

- I) **der Bürokratieaufwuchs muss gestoppt werden.** Dazu braucht es ein sofortiges Belastungsmoratorium und einen unverzüglichen Einstellungsstopp in den Bundesministerien. Seit 2013 ist die Zahl der Beamten dort um 50 % gestiegen, zuletzt sogar mit steigender Tendenz;
- II) **die Strompreise müssen runter.** Auf dem aktuellen Niveau ist die deutsche Wirtschaft preislich nicht wettbewerbsfähig. Gelingen kann dies in Teilen durch eine Kürzung der Netzentgelte;
- III) **die Anreize zur Arbeitsaufnahme müssen gestärkt werden.** Hierzu muss das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abgeschafft und durch eine neue Form der Grundsicherung, in der die Elemente „Fördern und Fordern“ wieder gleichberechtigt nebeneinanderstehen, ersetzt werden. Zudem müssen die steuerlichen Anreize für Mehrarbeit gestärkt werden.

Allein mit diesen Maßnahmen sollte es möglich sein, die Stimmung in der deutschen Industrie, im Mittelstand und im Handwerk wieder aufzuhellen.

Für eine wirtschaftliche Belebung in der mittleren bis langen Frist sind aus meiner Sicht folgende Maßnahmen entscheidend:

- I) **Technologieoffene Ausweitung des Energieangebots und Harmonisierung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem Ausbau an Speichern und Netzen.** Die Regierung hat hierauf zu wenig Fokus gelegt, so dass die Kosten im Klima- und Transformationsfonds durch die Decke geschossen sind. Geld, das an anderer Stelle – wie etwa bei der Ertüchtigung der Infrastruktur – fehlt.
- II) **Konsequentere Nutzung von Daten,** damit neue Geschäftsmodelle im Bereich der Künstlichen Intelligenz auch hier bei uns entstehen können. Zudem brauchen wir dringend die Verabschiedung des lange diskutierten Forschungsdatengesetzes. Nur wenn wir unserer Wissenschaft die erforderlichen Daten an die Hand geben, ist eine evidenzbasierte Evaluierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen möglich. Und dies ist gerade in Zeiten knapper Kassen unabdingbar.
- III) Das **Belastungsmoratorium** kann nur der Anfang sein. Wir müssen die Flut an Vorgaben der letzten Jahre auf den Prüfstand stellen und uns fragen, was war sinnvoll und hat die erhofften positiven Effekte gebracht und was kann schlicht weg, weil es unsere Wirtschaft lähmt und wenig von dem erhofften Nutzen bringt. Und grundsätzlich muss in Sachen Regulierung wieder gelten: So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich!
- IV) Wir müssen die **Fachkräfteeinwanderung** gezielt beschleunigen. Dazu müssen wir endlich das Recht auf Asyl von der wirtschaftlichen Migration trennen. Klar ist: Die Zuwanderung muss unter dem Strich etwas bringen – und zwar für alle Beteiligten, auch für Deutschland. Dazu ist eine ganzheitliche Kostenbetrachtung erforderlich.

Die Liste der Maßnahmen ist lang. Ich habe hier nur die drängendsten genannt. Was können wir davon umsetzen? Die Wahl am 23.2. wird es zeigen. **Sicher ist: Je stärker wir sind, desto eher sind wir in der Lage ein Deutschland zu schaffen, auf das wir alle wieder stolz sein können.**

### Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 - 227 75621  
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.11.2024

